

Jürgen Klocke, Redaktion AWV-Informationen

## Exklusiv-Interview mit Peter Fischer, Delegierter für die Informatikstrategie der Schweizerischen Eidgenossenschaft

*Herr Fischer, auf dem 14. Verwaltungskongress „Effizienter Staat 2011“ haben Sie zum Thema „Verwaltungstransformation in einer vernetzten Welt“ referiert. Wie würden Sie die Grundsätze der Schweizer E-Government-Strategie definieren?*

**Peter Fischer:** Der Bundesrat (Schweizer Regierung) hat drei eigentlich einfache Ziele definiert: 1. Soll die Wirtschaft künftig ihre Prozesse mit der Verwaltung medienbruchsfrei elektronisch abwickeln können, womit ein Beitrag zur Produktivitätssteigerung und „Kundenfreundlichkeit“ geleistet wird. 2. Soll die Verwaltung über alle föderalen Stufen und Organisationsbereiche dank E-Government effizienter produzieren und zusammenarbeiten. 3. sollen Bewohnerinnen und Bewohner die häufigen und die aufwändigen Verwaltungsgänge elektronisch orts- und zeitunabhängig erledigen können.

*Wie sollen diese strategischen Ziele erreicht werden? Gibt es Grundsätze zur Zielerreichung?*

**Peter Fischer:** Konkret sollen die Ziele über die Umsetzung von priorisierten Vorhaben erreicht werden. Diese betreffen Voraussetzungen wie etwa E-Government Architektur Schweiz, Personenidentifikator, Unternehmensidentifikator, Standardisierung von Personen-, Lohn-, Unternehmens, Geo- und Objektdaten, Registerharmonisierung sowie Portale, Dienste für elektronische Formulare, sicheren Datenaustausch, eID, oder Langzeitarchivierung. Dazu kommen Leistungen wie die elektronische Steuererklärung, Lohndaten-

übermittlung, Unternehmensgründung, Sozialversicherungs- oder Grundbuchabwicklung, Beschaffung, Bewilligungs- und Registerauszugsverfahren, Abstimmung und Zivilstands- oder Wohnsitzänderungen.



Statt Insellösungen sollen gemeinsame, an den Geschäftsprozessen orientierte und gegebenenfalls Ebenen übergreifende Lösungen realisiert werden. Durch Mehrfachnutzung und offene Standards sowie standardisierte Schnittstellen sollen Einsparungen erzielt werden. Und der Föderalismus soll als Chance für die Innovation wirken. Selbstverständlich hat der Staat eine Multikanalfähigkeit und damit den Zugang zu seinen Dienstleistungen für alle zu gewährleisten.

*Wer steuert die E-Government-Entwicklung in der Schweiz? Welche Akteure bzw. gesellschaftliche Gruppen arbeiten da zusammen?*

**Peter Fischer:** Ein Steuerungsausschuss unter dem Vorsitz der Fi-

nanzministerin der Eidgenossenschaft steuert die Umsetzung der Strategie. Er ist zusammengesetzt aus Regierungsmitgliedern von Bund, Kantonen und Gemeinden/Städten und gewährleistet dadurch die politische Abstützung über die drei föderalen Ebenen unseres Landes. Dem Steuerungsausschuss steht eine kleine Geschäftsstelle zur Seite. Diese wird durch das Informatikstrategieorgan des Bundes geführt. Wichtig sind die federführenden Organisationen, die für die Realisierung der priorisierten Vorhaben verantwortlich zeichnen. Dies sind je nach Vorhaben Bundesämter, Vereinigungen von Kantonen oder Gemeinden sowie weitere Organisationen im Umfeld der öffentlichen Hand oder der Privatwirtschaft. Ein zentraler Partner ist die Vereinigung eCH, eine Public Private Partnership aus Bund, Kantonen, Städte, Wirtschaft und Wissenschaft, in dessen Rahmen Standardisierungen und best practices im Bereich des E-Government erarbeitet werden. Am wichtigsten sind natürlich die einzelnen Verwaltungen, in denen die Projekte umgesetzt werden, also rund 2750 Gemeinden, 26 Kantone und 75 Bundesämter. Und sie tun dies oft zusammen mit privaten und öffentlichen Unternehmen.

*Wie ist die Akzeptanz des Schweizer E-Government-Programms in der Bevölkerung, besonders in der Wirtschaft?*

**Peter Fischer:** Die Schweizer Wirtschaft und Bevölkerung sind an und für sich im internationalen Vergleich gut zufrieden mit den Leistungen der Verwaltung. Das

ist insbesondere darin begründet, dass gerade durch das föderale System die Bürgernähe der Verwaltung sehr groß ist. Entscheide fallen so nah wie möglich bei den Betroffenen, sind damit auch einer großen Mitwirkung unterwor-

en Prozesse. Aber es ist klar und kommt immer wieder in den Umfragen zum Ausdruck: Nach und nach erwarten Bevölkerung und Wirtschaft ganz einfach, dass sie dieselben Arten des Verkehrs im eBusiness auch mit der Verwal-

in den nächsten Jahren schlicht kaum mehr jemand begreift, wenn er selbst an einen Gemeindefachler gehen muss, um seine Verwaltungsgeschäfte abzuwickeln. Darauf müssen und werden wir uns einstellen. In diesem Sinne ist die Akzeptanz groß, es wird einfach erwartet. Für die Wirtschaft müssen die Verwaltungsprozesse in ihre Produktionsprozesse integrierbar sein. Das ist dank E-Government möglich und wird von uns angestrebt. Aber weiterhin steht im Vordergrund die Verwaltungsleistung an sich, wie sie erbracht wird, folgt den Gewohnheiten der Bevölkerung und der Wirtschaft.

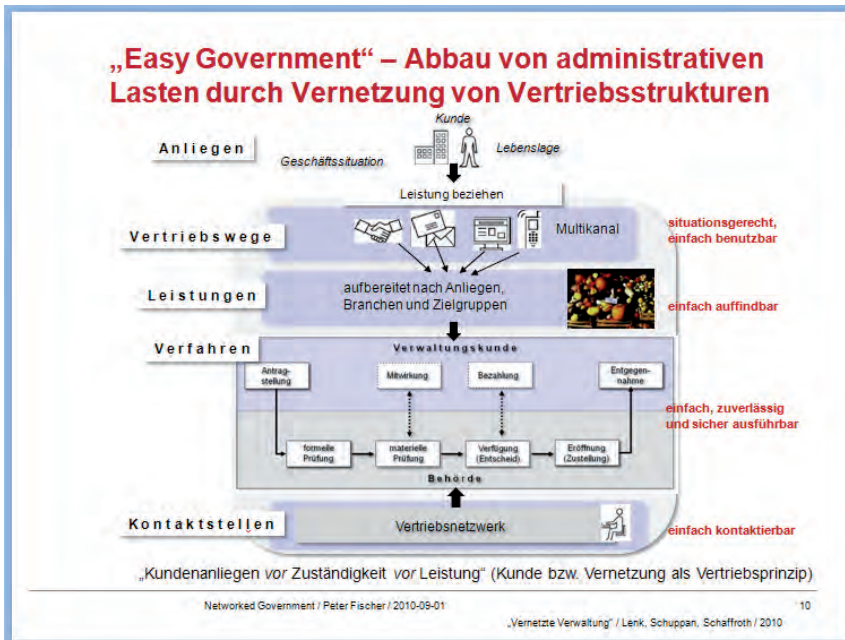
**E-Government-Strategie Schweiz: Ziele**

1. Die **Wirtschaft** wickelt den Verkehr mit den Behörden elektronisch ab.
2. Die **Behörden** haben ihre Prozesse modernisiert und verkehren untereinander elektronisch.
3. Die **Bevölkerung** kann die wichtigen - häufigen oder mit grossem Aufwand verbundenen - Geschäfte mit den Behörden elektronisch abwickeln.

Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

KdK KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN  
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX  
CONFEDERAZIUN DA LAS REGENZAS CANTUNALAS

*Welche Probleme waren bislang bei der Umsetzung des E-Government-Konzepts in Ihrem Land zu bewältigen? Was heißt das bezüglich der flächendeckenden Umsetzung in den einzelnen Kantonen? Wie werden die einzelnen Elemente des Konzepts von der Verwaltung selbst aufgenommen?*



**Peter Fischer:** Mit unserer föderalen Struktur haben wir den immensen Vorteil der Bürgernähe der Verwaltung. Aber der Nachteil ist, dass immer wieder die Autonomie fälschlicherweise im Rahmen der Produktionsprozesse ausgemacht wird, anstatt sie im Bereich der inhaltlichen Entscheidungsfindung zu sehen. Das kann ein Hindernis bei der Standardisierung der Prozesse und Schnittstellen, den essentiellen Elementen des E-Governments bzw. der Verwaltungserneuerung mit dem Einsatz der Techniken der Informatik und der Telekommunikation, sein. Wenn Kantone und Gemeinden immer wieder das Rad des Einsatzes von Informatik neu erfinden, dann haben wir hohe Kosten und nur eine langsame Entwicklung des E-Government. Wenn jeder Akteur die Anwendung neu erfindet, geht es langsam vorwärts und es wird teuer. Hingegen ist die Ebene der Entscheidungsautonomie von derjenigen der Produktionsprozesse zu unterscheiden. In

fen und genießen eine verhältnismässig hohe Akzeptanz. Dies gilt für die klassischen Arten, die Verwaltungsleistungen zu erbringen genauso wie für die modernen elektronischen medienbruchsfrei-

tung pflegen können. Auch wenn statistisch die Bewohnerinnen und Bewohner in der Schweiz vielleicht zwei Mal pro Jahr mit der Verwaltung Interaktionen haben, wir müssen davon ausgehen, dass

diesem Sinne erhalten wir dort zuerst die Flächendeckung, wo wir mit wenigen Anwendungen die Entscheidungsautonomie wahren und gleichzeitig die Skaleneffekte in der Produktion realisieren. Dieser Grundsatz setzt sich immer mehr durch. In der Schweiz muss er dies aufgrund einer entsprechenden Überzeugungsarbeit.

*Am 7. März, so war auf dem Kongress in Berlin zu vernehmen, haben Sie im Steuerungs-ausschuss E-Government Schweiz verschiedene Stoßrichtungen beschlossen, die E-Government in der Schweiz „einen zusätzlichen Schub verleihen“ sollen. Worum handelt es sich im Einzelnen?*

**Peter Fischer:** Tatsächlich sehen wir dank dem Programm zur Umsetzung des Programms E-Government Schweiz große Fortschritte auf allen föderalen Ebenen. Aber wir sind noch nicht am Ziel. Deshalb hat der Steuerungsausschuss beschlossen, dass unter der Führung des Bundes, aber unter klarer Verantwortung gerade der Kantone für ihre Gemeinden, der Rhythmus der Umsetzung von E-Government zu beschleunigen ist. Der Steuerungsausschuss will dies insbesondere durch einen Aktionsplan mit der Unterstützung, gerade auch finanziell, von besonders wichtigen Projekten gewährleisten. Dazu soll die Standardisierung von Prozessen, Datenstruk-

turen und Schnittstellen verstärkt sowie flächendeckend umgesetzt werden. Der Grundsatz einmal entwickeln, mehrfach einsetzen soll verbreitet und die Kommunikation von best cases verbreitet werden. Insgesamt strebt der föderale Steuerungsausschuss eine größere „Leadership“ an. Dazu sollen auch die entsprechenden finanziellen und personellen Mittel bereitgestellt werden. Dies alles soll aber innerhalb der föderalen Ordnung der Schweiz umgesetzt werden, was vielleicht die Geschwindigkeit nicht immer beschleunigt, dafür die Akzeptanz und Bürgersowie Wirtschaftsnähe garantiert. Damit ist die Nachhaltigkeit gewährleistet.

## AWV auf dem 14. Deutschen Verwaltungskongress „Effizienter Staat“ 2011

Im dbb-Zentrum Berlin fand am 3. und 4. Mai 2011 der 14. Verwaltungskongress Effizienter Staat statt. Unter dem Motto „Erfolgsfaktor Strategie – Verwaltungstransformation in einer vernetzten Welt“ tauschten rund 800 Experten aus Verwaltung, Wirtschaft Politik und Wissenschaft in diversen Workshops Meinungen und Erfahrungen aus. Partnerland des Kongresses war in diesem Jahr die Schweiz. So eröffnete neben Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesministerium des Inneren und Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik, der Schweizer CIO Peter Fischer, Delegierter für die Informationsstrategie des Bundes den Kongress. Bis 2013 will das BMI eine gemeinsame Strategie für ein offenes Regierungshandeln erarbeiten und umsetzen. In diesem Zusammenhang



werde auch der Aufbau einer Open Data Plattform angestrebt. In seiner Eröffnungsrede gab R. Uwe Proll, Chefredakteur des Behörden-Spiegel und Ausrichter des Kongresses, bekannt, dass sich der Effiziente Staat 2012 zu einem Deutschland-Österreich-Schweiz (D-A-CH) Verwaltungskongress weiterentwickeln wird. „Dadurch werden wir die Verwaltungsmodernisierer der drei Länder weiter zusammenbringen“, so Proll. Alle drei Länder müssten sich ähnlichen Herausforderungen in der Verwaltungstransformation stellen, wählten dafür aber teilweise unterschiedliche Wege. Gerade deshalb sei der Austausch auf einem gemeinsamen Kongress für Teilnehmer als auch Referenten ein Gewinn, so R. Uwe Proll. Die AWV nahm mit eigenem Stand zum 10. Mal am Kongress teil.

(jk)